

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1931

165 (10.4.1931) Morgenausgabe

Bezugspreis: drei Monats 3.20 RM. im voraus im Verlag oder in den Buchhandlungen abgeholt 3.- RM. Durch die Post bezogen monatlich 3.40 RM. Einzelpreise: Sonntags-Nummer 10 RM. Sonntags- und Feiertags-Nummer 15 RM. Im Fall höherer Gewalt: Streik, Ausperrung usw. hat der Besteller keine Ansprüche bei Veränderten oder Nicht-Erfolgten der Zeitung - Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. d. Monats auf den Monats-Vertrag angenommen werden. Anzeigenpreise: Die Hauptzeile 100 RM. Stellen- und Familien- und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden ermäßigter Preis - Restame-Heile 2.- RM. an erster Stelle 2.50 RM. Bei Wiederholung tariflicher Rabatt, der bei Nichterhalten des Belegs, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konfiskation außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Vertriebsort in Karlsruhe.

Badische Presse

und **Handels-Zeitung** Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Freitag, den 10. April 1931.

Eigentum und Verlag von: **Herrmann Thiernagel**: für Politik und Wirtschaftspolitik; **M. Völske**: für badische Politik und Nachrichten; **A. Kimmig**: f. Kommunalpolitik; **R. Binder**: für Lokales u. Sport; **H. Solbrenner**: für das Feuilleton; **Dr. S. Daniler**: für Dier u. Konzert; **Ehr. Gerle**: für den Handel; **Dr. H. Feld**: für die Anzeigen; **Ludwig Meindl**: alle in Karlsruhe (Baden). **Berliner Redaktion**: Dr. Kurt Meiner. Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054. Haupt-Geschäftsstelle: **Kartierstraße Nr. 80 a** - Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 8359. - Beilagen: Volk und Heimat / Literarische Umschau / Roman-Blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung / Stelle- und Wäber-Zeitung / Landwirtschaft, Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Doumergues politisches Testament:

Abfage an den Frieden.

Eine Rühlungsrede des französischen Staatspräsidenten.

Paris, 9. April. (Eigener Drahtbericht der Badischen Presse.) Die französische Politik hat heute die stärkste Demonstration gewährt, um ihre vollkommene und bedingungslose Gegnerschaft gegen die deutsch-österreichische Fokunion zum Ausdruck zu bringen. Präsident Doumergue, dessen Amtszeit in einem Monat abläuft, hat den Antritt seiner Reise nach Tunis und die damit verbundenen Feierlichkeiten in Nizza dazu benutzt, um eine ausgesprochene Rühlungsrede zu halten. Er ist über den Locarno- und Kelloggpatrit hinweg fast bis zu den äußersten Konsequenzen gegangen, indem er die durch das deutsch-österreichische Fokunionprojekt geschaffene Situation in einer kaum verständlichen Weise mit der Lage unmittelbar vor dem Kriege verglich. Diese Rede ist noch mehr als eine Rühlungsrede, wenn auch der Deutschland betreffende Absatz mit der in Frankreich üblich gewordenen Form eingeleitet wurde, daß es keinen dauernden Frieden ohne die Sicherheit gestärkter Grenzen gäbe. Frankreich, führt der Präsident sodann fort, denke mit Recht daran, daß, solange der Weltfriede nicht über militärische Kräfte verfügt, die genügen, um die Durchföhrung seiner Beschlüsse auch denen aufzuzwingen, die nicht geneigt sind, sich ihnen zu beugen, es das Recht habe zu machen und auf die eigene Kraft zu vertrauen. Diese Worte des Präsidenten übertreffen alles, was bisher in Frankreich jemals selbst der frühere Präsident Millerand, der gegenwärtige Kriegsminister Maginot oder irgend ein Rühlungsindustrieller gesagt hat. Sie übertreffen alles, was je irgend eins der Brandfeindlichen nationalistischen Blätter geschrieben hat.

Doumergue spricht dann das eben Gesagte noch besonders auf die deutsch-österreichische Fokunion zu, indem er fortföhrt: Frankreich hat umso mehr Recht, so zu denken, als es sich soden plötzlich einem Ereignis gegenüber sah, dessen Bedeutung für die Gegenwart und dessen Folgen für die Zukunft nicht unterschätzt werden dürfen.

Und nun geht er auf eine Anspielung auf Krieg und Kriegsschuldfrage auf einen Vergleich zwischen der Gegenwart und der Zeit vor dem Kriege über, indem er sagt, man dürfe dieses Ereignis um so weniger unterschätzen, als die Geschichte des Volkes, bei dem sich dieses Ereignis zutrug, eine Vergangenheit voll von Lehren habe, die zu vergessenen Gefährlich wäre. Wenn man die Dinge genau betrachten könne, müsse man sich gegen Ueberlassungen schützen und gegen die Gefahren, die in diesen Ueberlassungen enthalten sein könnten.

Wenn dann der Präsident der Republik das französische Volk zum Zusammenhalt, zu besonderer Beachtung der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Landes aufruft und besonders davor warnt, „seine materiellen Kräfte unter die Grenze dessen zu vermindern, was die Sicherheit und die Unantastbarkeit des Mutterlandes und der Kolonien erfordert“ und wenn er dann in einem Schlußwort von seinem Amte als Präsident Abschied nimmt, so heißt das soviel, daß er damit dem Lande eine Art von politischem Testament hinterlassen wollte und dieses Testament heißt: Rühlung gegen Deutschland und insbesondere Rühlung gegen den wirtschaftlichen Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs.

Die Sanierung der Knappschaffsversicherung.

Berlin, 9. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten hatte sich in den letzten Wochen vor der Vertagung des Reichstages mit der Sanierung der Knappschaffsversicherung zu beschäftigen. Es hat lange und eingehende Sitzungen gegeben, die aber durchweg fruchtlos verliefen, weil die Mitglieder des Ausschusses keine brauchbaren Vorschläge für die Sanierung zu machen wußten. In ihrer höchsten Not schritten sie endlich dazu, eine Kommission einzusetzen, die sich der Angelegenheit annehmen sollte, aber auch diese Kommission zeigte sich hilflos. Sie tagte vor Oftern und kam mit einem Vorschlag heraus, wonach ein Ausschuß von Fachleuten gebildet werden soll, der dann seinerseits Vorschläge zu machen hätte. Bei diesem Vorschlag ist es aber geblieben. Das Reichsarbeitsministerium hat sich um die Bildung dieses Fachleutenausschusses nicht weiter gekümmert, und das mit Recht, weil dabei auch nichts herausgekommen wäre und das Arbeitsministerium schließlich doch von sich aus hätte eingreifen müssen, wie das jetzt der Fall sein wird.

Da die parlamentarischen Instanzen versagt haben, müssen die Verwaltungsbehörden einen Weg zur Sanierung zeigen. Der Reichsarbeitsminister hat vor einiger Zeit erklärt, daß die Invalidenversicherung eingreifen müsse. Er hat die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Kohlenumlage abgelehnt, weil dadurch der Preisabbau gefährdet und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kohle in Mitteleuropa gefährdet würde. Die Invalidenversicherung hat sich aber hohnmäßig gezeigt. Sie hat ihr Einbringen von finanziellen Zugeständnissen der Angeestelltenversicherung abhängig gemacht, die aber ebenfalls keine Neigung zeigt, Gelder flüssig zu machen. Infolgedessen war es nötig, für den Monat April bei der Kant für Arbeiter, Angestellte und Beamte einen Kredit zur Ueberbrückung der Zahlungsschwierigkeiten flüssig zu machen. Das Reich wird wahrscheinlich für den Monat Mai mit einer bestimmten Summe zur Deckung des Defizits einbringen, dann aber ist für den Frühommer mit einer Notverordnung zu rechnen, die die Reichsinvalidenversicherung auf eine finanziell gesunde Basis stellen soll.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Wie wir erfahren, betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 31. März 2 315 554, was einen Rückgang in der zweiten Märzhälfte um 211 000 bedeutet. Die Zahl der Krisenunterstützten betrug 923 359. Das entspricht einem Rückgang um 26 000. Zum ersten Male seit längerer Zeit ist also die Zahl der Krisenunterstützten zurückgegangen. Man könnte diesen Rückgang nun darauf zurückführen, daß die Wohlfahrtseinrichtungen der Städte härter belastet worden sind. Anfragen beim Deutschen Städtetag haben jedoch ergeben, daß die Berichte aus dem Reich nur ein Anwachsen der Ziffern um 1 bis 2 Prozent bei den Wohlfahrtserwerblosen bringen. Die Gesamtziffer der Arbeitslosen beträgt 4 756 000, also 224 000 weniger als am 15. März. Der Rückgang der Hauptunterstützungsempfänger seit dem Höchststande am 15. Februar 1931 beträgt 286 000.

In dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. März 1931 heißt es: Die der Jahreszeit entsprechende Auslöschung am Arbeitsmarkt, die im vorigen Berichtsdritt noch durch die ungünstige Witterung aufgehalten worden war, hat in der zweiten Hälfte des Monats März, obwohl die Witterung noch stark winterlichen Charakter hatte, fühlbar eingelebt. Nicht nur die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat um über 210 000 abgenommen, sondern auch die Zahl der Arbeitslosen ist insgesamt um rund 224 000 zurückgegangen.

Demnach wurden unter den am 31. März bei den Arbeitsämtern vorgemerkten verfügbaren Arbeitnehmenden rund 4 756 000 Arbeitslose gezählt. Von der Entlastung gegenüber Mitte März entfallen etwa zwei Drittel auf die Saisonberufe, der Rest auf die übrigen Berufsgruppen. Die Arbeitslosenversicherung wird am 31. März noch mit rund 2 316 000 Hauptunterstützungsempfängern belastet. In der Krisenfürsorge ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zurückgegangen. Sie belief sich am 31. März auf rund 923 000, d. h. rund 26 000 weniger als am letzten Stichtag.

An der günstigeren Entwicklung des Arbeitsmarktes sind alle Bezirke - wenn auch in verschiedenem Ausmaße - beteiligt und zwar am günstigsten im Verhältnis zum Stand von Mitte März die Bezirke Brandenburg, Nordmark, Niedersachsen und Süddeutschland. Die Besserung des Beschäftigungsgrades beschränkt sich zurzeit im wesentlichen noch auf die Berufsgruppen, deren Arbeitsplätze infolge der besseren Witterung wieder stärker besetzt werden konnten. So haben namentlich die Arbeiter in der Landwirtschaft etwas lebhafter, wenn auch nicht im Ausmaße des Vorjahres, eingelebt. Im Baugewerbe sind Fach- und Hilfsarbeiter zur Fertigstellung vorjähriger Bauten eingestellt worden, während vom Beginn neuer Bauvorhaben noch kaum die Rede ist. Mehrfach sind Steinbrüche und Zementwerke wieder in Betrieb gesetzt worden, während bei den Ziegeleien mit Rücksicht auf hohe Lagerbestände die Frühjahrsarbeit meist nur sehr zögernd einsetzt.

Die seit Mitte Februar anhaltende Besserung des Beschäftigungsgrades in einigen Verbrauchsgüterindustrien hat sich im wesentlichen auch in der zweiten Märzhälfte fortgesetzt. Das gilt von der Kleider- und Wäschekonfektion, von der Maschinenbauindustrie sowie schließlich vom Tabakgewerbe. Eine gewisse Besserung, die nach wie vor jedoch erhebliche bezirkliche Unterschiede aufweist, ist auch weiterhin in der Textilindustrie zu erkennen.

In der Schwerindustrie verharrt der Arbeitsmarkt weiterhin in einem Zustand der Depression. Im Ruhrkohlenbergbau wurden nicht unerhebliche Entlassungen durchgeführt. Das Gleiche ist in geringerem Maße im Braunkohlenbergbau erfolgt. Die Metallverarbeitung hat, abgesehen von der Kraftfahrzeug- und Fahrradindustrie, im allgemeinen keine Besserung zu verzeichnen. In einzelnen Bezirken, wie Rheinland und Hessen, wurde der Arbeitsmarkt zwar etwas stärker entlastet, in anderen jedoch setzte sich der Rückgang der Beschäftigung noch weiter fort.

In der Seeschifffahrt, vor allem des Bezirkes Nordmark, hat die Belegung weiter angehalten. Der Umzugstermin brachte zum ersten Male seit dem Kriege größere Anforderungen von Transportarbeitern. Im übrigen war die Arbeitsmarktlage dem Verkehrs-gewerbe wenig günstig, in der Binnen-schifffahrt infolge Mangels an Ladung eher wieder rückläufig.

Der Stahlhelmvorstoß in Preußen:

Das Volksbegehren.

Der Stahlhelm ist zuversichtlich / Die Aussichten für den Volksentscheid.

Berlin, 9. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Am 8. April hat in Preußen die Auslegung der Listen des vom Stahlhelm eingeleitete Volksbegehren über die Aufhebung des Landtags begonnen. Bierzehn Tage haben dazu zur Verfertigung des Volksbegehrens nicht leicht, erschwert sie jedenfalls gegenüber dem Reichsentscheid erheblich, denn während im Reich nur zehn Prozent der Stimmberechtigten notwendig sind, müssen in Preußen neunzig Prozent aufgebracht werden. Das sind mehr als 5 1/2 Millionen, während späterhin für den Volksentscheid über 13 Millionen Stimmen zu mobilisieren wären. Ob das gelingt, ist fraglich. Wenn man die Zahlen der letzten Reichstagswahl zu Grunde legt, dann nur rund 12 Millionen. Sie müßten also noch über die Stimmen des 14. Septembers hinaus Referenden heranziehen. Wie schwer das ist, zeigt schon die Kommunisten bei ihrem Kampf gegen den Pan-Deutschen Youngplan erfahren.

Der Stahlhelm ist sehr zuversichtlich. Er hat sich einen eigenen Schlichtungsplan aufgestellt, worin damit gerechnet wird, daß aus dem preußischen Preußen reichlich drei Millionen Stimmen kommen sollen,

jodoch der Weiten noch zwei Millionen aufzubringen hätte. Die ersten Tage lassen einen Ueberblick über die weitere Entwicklung noch nicht zu. In einer kleinen Gemeinde im Kreis Bremerförde war bereits am ersten Tage eine hundertprozentige Beteiligung festzustellen. Beachtenswerter ist schon, daß in Pommern am ersten Tage 125 000 Einzelzeichnungen erfolgten, gegenüber nicht ganz vier Millionen beim Volksentscheid über den Youngplan, und daß auch in Halle schon 6000 Eintragungen vollzogen wurden. Das ist ein Viertel der Zahl, die beim Freiheitsgesetz in Halle überhaupt in den ganzen vierzehn Tagen erzielt wurde.

Der Stahlhelm rechnet damit, daß er auf Neben bis acht Millionen Stimmen kommt, also einen starken Achtungserfolg erringt, und hofft dann wohl darauf, daß unter diesen Umständen das Zentrum seinen Widerstand gegen die Vorverlegung der Wahl aufgeben wird, sodas ein Volksentscheid gar nicht mehr nötig wäre. Das scheint uns vorläufig noch ein Wunschtraum. Denn die Weimarer Koalition hat bisher ihre Taktik darauf angelegt, daß sie mit jedem Tag zeigt, den sie länger in der Nacht sein kann, und auch das preußische Zentrum wird schließlich freiwillig einige Monate früher auf seine Zentralstellung in Preußen verzichten.

Sahm aussichtsreichster Kandidat:

Berlins neuer Kopf.

Vor der Wahl des Berliner Oberbürgermeisters.

Berlin, 9. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Am kommenden Dienstag wählt die Berliner Stadtverordnetenversammlung den neuen Oberbürgermeister und wird gleichzeitig die durch die Umorganisation der Stadtverwaltung auf Grund des Volksgesetzes erforderlich gewordenen Neuwahlen vornehmen. Neben dem Oberbürgermeister sind zwei stellvertretende Bürgermeister zu benennen, gleichzeitig mit dem Kammerer, der in der heutigen Wahlversammlung als Finanzminister amtiert. Nach den Abstimmungen des Wahlauschusses, die am Donnerstag erfolgt sind, steht als Ergebnis schon ziemlich fest. Als Oberbürgermeister wird der frühere Senatspräsident von Danzig, Dr. Sahm, gewählt werden, der im Auschuß zwölf gegen zehn Stimmen erhielt. Da der bisherige Bürgermeister Scholz auf seinem Rücktritt beharrt, wird für Dr. Elshoff, in Frage kommen, während als zweiter Bürgermeister der bisherige Stadtschultheiß Vange und als Kammerer der Franzfurter Kammerer Dr. Alch in Aussicht genommen sind.

Sahm ist sich zur Volkspartei, Dr. Elshoff ist Staatspartei'er, Vange und Alch sind Sozialdemokraten. Es ist den Sozialdemokraten zwar schon gelungen, dem „roten Berlin“ eine rote Spitze zu geben, jedoch gut auf ihre Kosten gekommen, wenn auch anzuerkennen ist, daß die von ihnen präferierten Kandidaten nicht lediglich nach dem Parteibuch, sondern auch mit Rücksicht auf ihre Qualität ausgesucht sind.

Trotzdem ist das Ergebnis unbefriedigend. Die Neugestaltung Berlins ist eine soch gewaltige Aufgabe, daß sie von einer möglichst weiten Mehrheit getragen werden sollte und daß man die Persönlichkeiten ohne Rücksicht auf Parteibindungen hätte aussuchen sollen. Es

ist deshalb auch zu bedauern, daß es nicht gelungen ist, die Deutschenationalen in die Mehrheitsbildung hineinzuziehen, die jetzt eine aussichtslose Kandidatur aufstellen wollen, während es vielleicht bei rechtzeitiger Fühlungnahme gelungen wäre, sie in die Mehrheitsbildung mit hineinzuziehen.

Piccards zweiter Versuch. Aufstieg am Samstag früh?

M. Augsburg, 9. April. Professor Piccard, der wieder in Augsburg weilt, hat seine Vorbereitungen zu einem neuerlichen Start in die Stratosphäre soweit getroffen, daß der Aufstieg bei günstigem Wetter ohne weiteres erfolgen kann. Der Gelehrte, dessen beide Mitarbeiter sich ebenfalls hier eingefunden haben, will lediglich die Meldungen der Bayerischen Landeswetterdienste am Freitag vormittag abwarten und bei günstigen Meldungen in der Nacht zum Samstag zwischen 4 und 5 Uhr aufsteigen. Der Start erfolgt auf dem Gelände der Augsburger Ballonfabrik Riedinger.

„Graf Zeppelin“ über dem Mittelmeer.

M. Paris, 9. April. Das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin“, das am Donnerstag morgen Friedrichshafen verlassen hat, ist kurz vor 9.30 Uhr französischer Zeit über Vienne gesichtet worden und erschien um 10.20 Uhr über Montélimar an der Rhone. Das Luftschiff, das Kurs nach Süden nahm, erreichte um 12 Uhr mittags französischer Zeit die westlichen Vororte von Marseille und nahm dann Richtung auf das Mitteländische Meer.

Gemeinde-Umschau.

Ein Nachruf für Kommerzienrat Bergmann in Gemeinderat Gaggenau.

Der plötzliche Tod des ersten Ehrenbürgers der Stadt, des Kommerzienrats Theodor Bergmann, hat die ganze Einwohnerschaft übertrauert. Bis zur letzten Stunde sah man den 84jährigen Greis bei jugendlichem Geist und energischem Unternehmungswillen bei der Arbeit. Sein Lebenselement war Arbeit im Dienste des Fortschritts. Unaufhaltbare Tatkraft bahnten ihm die Wege durch alle Schwierigkeiten der Zeiten. Seine Haupttätigkeit entfaltete er in Gaggenau, wo er sich 1879 im 29. Lebensjahre als Kaufmann niederließ. Mehr 50 Jahre seines Lebens hat er somit in Gaggenau verbracht. Er trat damals in die Eisenwerke Gaggenau ein, wurde alsbald Teilhaber mit dem bekannten sozialen Schriftsteller und Inhaber der Eisenwerke, Mühlstein, und die führende Seele im Betrieb. So wie er selbst rastlos tätig war, um Neues der Produktion zuzuführen, fand bei ihm auch jeder Erfindung Eingang und Unterstützung. Hunderte von Artikeln für Haushalt und Wirtschaft wurden dem Produktionsgang zugeführt. Die bedeutendsten davon waren: Dampfmaschinen, Dampfhebel, eiserne Wischen, Fahrstühle, Luftgewehre, Automaten, Emailschäber und -Wälzer, Kunstguss, Grammophone und Zigarettenwickelmaschinen.

Die Eisenwerke entwickelten sich unter seiner Tätigkeit in rascher Folge. Aus alten Bretterwerkstätten entstanden stattliche Fabrikanlagen, und über 1000 Menschen fanden Arbeit und Brot. Seine Tätigkeit wurde so zum Segen der Bewohner des Murgtals. Die Umgestaltung der Eisenwerke in eine Aktiengesellschaft im Jahre 1888 brachte ihm eine Einengung, mit der er sich nicht abfinden konnte. Er trat aus diesem Betrieb aus und gründete die Bergmanns Industrie- und Maschinenwerke A.G. In diesem Werk entfaltete er sein ganzes Können und Wirken. Sein hochintelligenter Geist brachte es in stets steigendem Maße vorwärts. Es begann bei ihm ein sehr erfolgreiches Probieren und Erfinden, so daß sich bald eine Arbeitsstätte entwickelte, die mehreren Hundert Menschen Tätigkeit bot. Immer wieder wurden neue Artikel eingeführt und produziert, wie Automaten, Emailniederdruck, Eisstränge, Herde, Projektionsapparate, Haushaltsartikel aller Art, Herdlesäule, Heizröhren, elektrische Bügelständer, Magnetapparate, Pistolen, Gewehre und Kleinwaffen. Auch der Bau von Automobilen wurde mit großem Erfolg verübt und gefördert und dadurch der Grundstein gelegt. Die großen Kraftwagenfabriken („Daimler-Benz A.G.“) geschuldeten Bergmann auf Neheiten, die ihm nicht zum Bewußtsein wurden. Alles, was erarbeitet werden konnte, wurde der weiteren Schöpfung wieder zugeführt. Oft beschäftigte er eine größere Anzahl von Ingenieuren und Künstlern an der Fortentwicklung neuer Gebilde, ohne daß die Produktion einen sofortigen Erfolg verzeichnete. Dadurch erreichte er aber auch manchen Fortschritt auf dem Gebiete der Technik und eine sehr hohe Stufe in der Emailmalerei, in der wertvolle Bilder hergestellt wurden.

Neben dieser Tätigkeit in Gaggenau schuf er noch eine Industrie in Suhl (Thüringen), wo in der Hauptsache Maschinen (Maschinengewehre usw.) hergestellt wurden, und in Badenweiler, wo er lange Jahre seine Sommerwohnung genoss, die Gips- und Feibergwerke. Schon vor dem Krieg führte er die Elektrifizierung für Licht- und Kraftzwecke in Gaggenau, Ottenau ein und baute nach dem Kriege die Wasserkraft in Ottenau aus, erbaute dort ein Kraftwerk, erwarb das Kraftwerk Mühlbach, die einen ganz neuen und neuzeitlichen Ausbau durch ihn erhielt.

So war sein ganzes Leben unermüdbare Tätigkeit auf den verschiedensten Gebieten. Sein Arbeiten geriet die ganze Einwohnerschaft des Murgtals zum Vorteil. Die Stadtgemeinde Gaggenau ernannte ihn daher zu seinem 70. Geburtstag, am 23. Mai 1929, in dankbarer Würdigung seiner großen Verdienste und der vorbildlichen Tätigkeit als Schöpfer der Industrie zu ihrem Ehrenbürger. Die Stadtgemeinde Gaggenau wiederholt und erneuert den Dank, der ihm anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger erteilt worden ist, und betrauert in ihm den Mann, der den geistigen Mittelpunkt unserer Industrie in sich vereint hat. In treuer Liebe und Verehrung wird die Stadtgemeinde Gaggenau sein Gedächtnis für alle Zeiten in Erinnerung halten und sein schöpferisches Wirken mit der Geschichte von Gaggenau verbinden.

B. Durlach, 9. April. (Aus dem Stadtrat.) Im Städtischen Schwimmbad und Sonnenbad sind noch vor Beginn der diesjährigen Badeszeit verschiedene Mängel auszufüllen, die zu beseitigen sind. Die Verbesserung des Straßenspatiers im Sommerjahr 1931 wird an zwei hiesige Unternehmer vergeben. — Von 170 000 RM. zur Beschäftigung von Wohlfahrtsvereinen werden 100 000 RM. zur Beschäftigung von Wohlfahrtsvereinen zur Verfügung gestellt. — Auf Antrag verschiedener Vereine wird im Einverständnis mit dem Gemeindevorstand die Beschäftigung für je 1/2 Durlacher Morgen der im Jahre 1928 erworbenen städtischen und Almend-Grundstücke östlich der Straße am Rastplatz-Mannheim zunächst für das Pachtjahr 1931 über 30 RM. bis 80 RM. um 20 Prozent, über 80 RM. um 25 Prozent. Diese Ermäßigung ist bedingt durch die große Notlage der Landwirtschaft und den geringen Erlös für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. — Das Gehalt des Hermann Rint von Anier auf dem Lehenberg wird befürwortend an das Bezirksamt weitergegeben. — Die Stadt ersucht beim Bezirksamt um Erteilung der Bewilligung für das Städtische Schwimmbad und Sonnenbad. — Dem 1. Kraftsportverein Durlach wird zur Austragung des diesjährigen Bezirksfestes für schwer- und leichtathletische Übungen der Erwerbsschloß am 18. bis 21. Juli d. J. überlassen. — Die Zahl der Mitglieder betrug 1835.

Söllingen, 9. April. (Beschlüsse des Gemeinderats.) Am 1. April zählte die Gemeinde, nach einem Auszug aus dem Bürgerverzeichnis, 63 Bürger, 93 Bürgerwitwen, ortsabwesende Bürger waren 68. — Am 26. April soll zugunsten der Gebrechlichenverbände eine Sammlung durch Blumenverkauf der Schulthenerstraße stattfinden. — Die zulässige Taxakaufschätze für die Gemeinde Söllingen beträgt, nach Mitteilung des Zollamtes, 36 Rt. — Die Steuerbeiträge mit den Polizeibedienern werden gutgehen.

H. Gernsbach, 7. April. (Aus dem Gemeinderat.) Als Mitglieder der örtlichen Beratungsstelle für die Kriegsbeschädigten werden die Gemeinderäte Baust und Krieg bestimmt. — Ein Angebot auf verkaufsfertiges Kiechholz in Höhe von 50 und 52 Prozent der badischen Landesgrundpreise bei ungünstigen Zahlungsbedingungen wird zwar für sehr schlecht gehalten, der Zuschlag ihm jedoch mangels anderer Angebote dann erteilt, wenn auch die Forderungen, auf die kein Angebot abgegeben worden ist, zu mindestens den gleichen Bedingungen mit übernommen werden. — Die Gemeinderäte Hoeh, Karcher und Krieg werden als Mitglieder des Bauausschusses ernannt. — Die Ausgestaltung der Zahnwiese dergestalt, daß im nächsten Winter ein Eisbahnbetrieb darauf eröffnet werden kann, wird zunächst zurückgestellt, bis sich die dringende Notwendigkeit zu Nothstandsarbeiten einstellt. — Die Einführung der Biersteuer dadurch, daß an die Stelle des fehlenden Bürgerauschusses die Bezirksratsentscheidung getreten ist, wird zur Kenntnis genommen und die gegenüber Wirten und Brauereien in Aussicht genommenen Kontrollmaßnahmen einstweilen mit der Maßgabe gutgeheißen, daß etwaige Ergänzungen später nachgeholt werden. — Die Vorgänge, die zur Stellung eines Strafantrags wegen Beleidigung des Bürgermeisters durch unwahre und beleidigende Presseäußerungen im „Führer“ geführt haben, werden besprochen und erneut der Wille des Gemeinderats dahin zum Ausdruck gebracht, alleits darauf hinzuwirken, daß derartige Zeitungspolemiken unterbleiben.

Bürgermeisterwahlen. (Bühlertal, 9. April. Bei der Bürgermeisterwahl am 7. April wurde der nationalsozialistische Kandidat, Bürgermeister R. Faust, mit 39 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Von den Reststimmen fielen 6 auf Holzhändler Gustav Baumann, 10 auf Kaufmann Franz K. und 6 auf Bürgermeister-Stellvertreter Stolz. Eine Stimme war unglücklich. Auf den bisherigen Bürgermeister Dr. Boos sind keine Stimmen entfallen.

56 Bewerber in Ladenburg. Auf die neu zu besetzende Stelle des Bürgermeisters von Ladenburg haben sich insgesamt 56 Herren gemeldet. Es befinden sich darunter 24 Badener, die übrigen Bewerber verteilen sich auf die anderen deutschen Bundesstaaten, vorwiegend auf Preußen. Der Gemeinderat hat inzwischen eine Auslese getroffen und die Zahl der erstbitt in Frage kommenden Bewerber auf 10 verringert. Es handelt sich dabei wiederum vorwiegend um solche aus Baden. Auch ein Lodenburger steht in engerer Wahl. Wann diese vorgenommen wird, steht im Augenblick noch nicht fest.

Radolfzell, 8. April. Seinen 75. Geburtstag feierte in körperlicher und geistiger Frische Eisenbahnoberinspektor a. D. Hermann Sierl.

Die Parteipolitik in der Landeskirche.

Der Evangelische PresseDienst schreibt: In der Presse wird dem Evangelischen Oberkirchenrat von Pfarrer Eckert immer wieder Parteipolitik vorgeworfen und dabei besonders darauf hingewiesen, daß die Kirchenbehörde im Fall Streng nichts getan habe und nichts tue. Pfarrer Streng in Waldwimmersbach habe nämlich am Volkstrauertag den Altar mit Stahlhelm, Säbel und Karabiner geschmückt und außerdem von der Kanzel eine Halenkreuzfahne herabhängen lassen, d. h. er habe unangelegentlich faschistische Agitation in der Kirche getrieben. Die dienliche Untersuchung hat nun folgendes ergeben:

Die Schmückung des Altars mit den „Mordwerkzeugen“ hat seinerzeit stattgefunden bei der kirchlichen Trauerfeier für den ersten im Krieg gefallenen Waldwimmersbacher, also schon im Jahre 1914. Es hat sich daraus ein Ortsbrauch gebildet, der bei jeder Trauerfeier für einen Gefallenen und, nach dem Ende des Krieges, an jedem Volkstrauertag innegehalten wurde. Pfarrer Streng ist aber erst seit dem Februar 1929 in Waldwimmersbach; er hat also diesen Brauch nicht eingeführt; jene Schmückung erfolgte schon unter der Amtsführung der Pfarrer Krieger und Dürr, welche politisch überhaupt nicht herorgetreten sind. Die ganze Sache hat also mit Faschismus nichts zu tun und der Kirchengemeinderat vor Waldwimmersbach bittet den Oberkirchenrat, ihm die schon 17 Jahre alte örtliche Übung zu belassen. Ferner befreit der Kirchengemeinderat von Waldwimmersbach, daß in der Kirche niemals eine Halenkreuzfahne an der Kanzel angebracht gewesen sei. Richtig ist, daß bei der Reichsgründungsfeier eine alte Reichsfahne mit dem Reichsadler an der Kanzel angelehnt stand. Diese war ohne Vorwissen des Pfarrers und Kirchengemeinderats von einer von auswärts gekommenen Schar hingestellt. Wie wenig der Ortspfarrer an diesen Dingen beteiligt ist, geht daraus hervor, daß er noch vor den Angriffen gegen ihn an einem gewöhnlichen Sonntag eine nationalsozialistische Gruppe veranlaßt hat, ihre Halenkreuzfahne nicht mit in die Kirche zu nehmen, sondern vorher in einem Hause abzustellen. — Endlich ist festzustellen, daß an nationalen Festtagen alle Vereine, auch sozialistische, von sehr mit ihren Fahnen in die Kirche kamen und ihre Fahnen am Pflanzstuhl oder an der Sakristei aufstellten.

Daraus ergibt sich, daß der Oberkirchenrat keinen Anlaß hat, gegen Pfarrer Streng wegen faschistischer oder sonstiger Parteipolitik in der Kirche durch Aufstellen von Fahnen und dergleichen vorzugehen. Die Unterschriftensammlung für Pfarrer Eckert in Mannheim ist abgeklungen. An Teilergebnissen sind bis jetzt die Zahlen für Mannheim und Karlsruhe bekannt. In Mannheim und Umgebung wurden rund 36 000 Unterschriften gesammelt, in Karlsruhe und Umgebung etwa 28 000. Mit den noch ausstehenden Ergebnissen aus dem Oberland wird in Kreisen der religiösen Sozialisten mit insgesamt 100 000 Unterschriften gerechnet.

Der Prozeß gegen die Heidelberger Wohnungsbau G. m. b. H.

Heidelberg, 9. April. Nach Abschluß der Voruntersuchung ist nunmehr das umfangreiche Aktenmaterial in Sachen der Heidelberger Wohnungsbau G. m. b. H. der Staatsanwaltschaft zugeleitet worden, sodas mit der Erhebung der Anklage in absehbarer Zeit gerechnet werden kann.

Die Toten im Lande.

nz. Teutschentrent, 9. April. Nach kurzer Krankheit starb Kaufmann Karl Ehrmann im Alter von erst 42 Jahren. r. Ubstadt, 9. April. Im Alter von 77 Jahren starb hier Karl Serben, alt. Dreher. Serben zählte zu den Mitbegründern der freiwilligen Feuerwehr, der er 52 Jahre angehörte. ot. Wiesloch, 9. April. (Beisetzung von Weingutsbesitzer Richard Burdhardt.) Auf dem Bergfriedhof in Heidelberg fand die Beisetzung für Weingutsbesitzer Richard Burdhardt statt. Vor dem Krematorium hatte sich eine große Trauergemeinde der zahlreichen Bekannten und Freunde des Verstorbenen zum Abschied versammelt. Defan Schmitt hener, der die Einsegnung vornahm, kennzeichnete das Lebensbild dieses rastlos strebenden Mannes, dessen aufrechter und liebenswürdiger Charakter ihm eine große Freundschaft erworben hat. Namens der Vereinsbank G. m. b. H., deren Aufsichtsrat Burdhardt angehörte, widmete Fabrikant Löchner dem Verstorbenen herzlichste Abschiedsworte. Die Verdienste um die Wieslocher Oberrealschule, an deren Ausbau Burdhardt als Elternbeirat mitwirkte, würdigte Direktor Dr. Waldherr in seinem Nachruf. Auch die Schützengesellschaft, die in ihrer Tracht an der Bahre stand, nahm Abschied von ihrem Schützenbruder.

nz. Spöck, 9. April. (Osterkonzert.) Am Ostermontag, morgens 10 Uhr, gab die Kapelle des Musikvereins „Harmonie“ auf dem Denkmalplatz ein Konzert, dessen Programm in sinnvoller Weise dem Auferstehungstage Rechnung trug. Das Konzert fand trotz der frühen Stunde großen Zuspruch.

Ettlingen, 8. April. (Firmung und Kirchweih im Defanat Ettlingen.) Erzbischof Dr. Carl Frick wird im Laufe des Monats Mai im Defanat Ettlingen das Sakrament der hl. Firmung spenden und bei dieser Gelegenheit die Einweihung der Kirche in Waldprechtis weiter vornehmen, die auf Sonntag, den 3. Mai, festgelegt ist.

Baden-Baden, 8. April. (Besuch des Erzbischofs.) Der Erzbischof von Freiburg, Dr. Carl Frick, ist hier eingetroffen, um für einige Zeit im Kloster Lichtental Aufenthalt zu nehmen.

Freiburg, 9. April. (Belohnung für die Ergreifung der Denkmalschänder.) Für die Ermittlung der Täter, die am Karfreitag in Wunzigen das steinerne Wegkreuz zertrümmert haben, hat die Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 100 RM. ausgelegt.

Durch grausames Geschick ums Leben gekommen.

Eine Wagenkegel zertrümmert einem Straßenbahnchaffner den Schädel.

× Mannheim, 9. April. In der Haltestelle Seckenheim der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft ereignete sich heute nachmittags 5 Uhr ein folgenschwerer Unfall. Als der Zug eben hielt und der 29jährige Hilfschaffner Theodor Kies aussteigen wollte, kam aus einem gegenüberliegenden Hofe ein Bauernfuhrwerk, dessen Fehde vor einem heranfahrenden Kraftwagen scheuten und den Wagen herumrissen. Die Wagenkegel zerstückte dem aussteigenden Schaffner den Schädel.

Nach ein Großfeuer in Elmendingen.

Das Gasthaus „Zum Döhen“ in Flammen.

D. Pforzheim, 9. April. Im benachbarten Elmendingen, wo bereits heute morgen im Gasthaus „Zum Löwen“ ein Großfeuer ausgebrochen war, brach heute nachmittags gegen drei Uhr auf die gleiche Weise im Gasthaus „Zum Döhen“ ein Großfeuer aus. Wie beim Brand im Gasthaus „Zum Löwen“ brannten auch hier der Schopf, das Delonomiegebäude und eine Scheune völlig nieder. Vom Wohnhaus wurde der Dachstuhl schwer beschädigt. Durch das Eingreifen der Pforzheimer Weckerlinie konnte eine Ausbreitung des Feuers vermieden werden. Der Schaden ist bedeutend.

Das Feuer im „Löwen“.

nk. Elmendingen, 9. April. Wie wir bereits meldeten, brach heute früh in dem Anwesen des Wirts und Meisters Adolf Eidele zum „Löwen“ in einem Schuppen aus unbekannter Ursache Feuer aus, das sich rasch auf das ganze Anwesen verbreitete. Bei der großen Gefahr des Weitergreifens wurde die Pforzheimer Weckerlinie zur Hilfe gerufen, die rasch mit einer Motorspritze eintraf. Um 6 Uhr heute früh war der Brand niedergelämpft. Es fielen dem Feuer der Schuppen, Scheune, Ställe, der Dachstuhl des Wohngebäudes und ein Teil des Saales zum Opfer, der Rest ist völlig durchdrängt. Außerdem verbrannten viele Fahrnisse und vom lebenden Inventar: 2 Pferde, 4 Kühe, 1 Rind und ein Mutterchwein samt Jungen, sowie viel Geflügel. Der Schaden ist beträchtlich und nur teilweise durch Versicherung gedeckt.

Bis auf den Grund eingedöhert.

nz. Ruchelbach bei Waldshut, 9. April. Am Mittwochabend brannte hier das Wohn- und Delonomiegebäude des Zimmermanns Sutter bis auf den Grund nieder. Das Feuer wurde erst bemerkt, als das Delonomiegebäude bereits in hellen Flammen stand, es war deshalb nichts mehr zu retten. Die Brandursache ist unbekannt.

**Die ECHTE PALMOLIVE-
Seife wird nur in
der grünen Packung
mit schwarzem Band
und Goldaufschrift
PALMOLIVE verkauft**

40 Pf.

PALMOLIVE

Beim nächsten Kauf achten Sie gut auf die Packung

MMER mehr Frauen sind davon überzeugt, durch PALMOLIVE ihr jugendliches Aussehen zu erhalten.

Kein Wunder — PALMOLIVE-Seife besteht aus Palmen-, Oliven- und Kokosnußölen. Ihre kunstvolle Zusammensetzung ist das Ergebnis eines 60 Jahre langen Seifenstudiums

Wie wir hören, glauben aber viele Frauen, daß Seifen, die in ihrer äußeren Aufmachung PALMOLIVE sehr ähnlich gehal-

tensind, auch von PALMOLIVE hergestellt werden. Das ist ein großer Irrtum. Es gibt nur eine PALMOLIVE-Seife — die ECHTE PALMOLIVE. Und für diese können wir natürlich nur garantieren. Viele Nachahmungen existieren von PALMOLIVE. Das beweist, wie gut diese Seife ist. Es beweist aber noch nicht, daß die Nachahmungen eben so gut sind. Lassen Sie sich deshalb nicht irre führen — verlangen Sie stets die ECHTE PALMOLIVE. Palmolive G. m. b. H. Bln.-Wilmersdorf



Olbaum
Kokospalme
Afrikan. Palme

Der Haushalt der Stadt Karlsruhe.

Weiteres Anwachsen der Fürsorge- und Wohlfahrtslasten. — Verminderte Einnahmen.

Wie schon kurz mitgeteilt, ist es nach vielen Beratungen des Stadtrats gelungen, den Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1931 auszustellen. Trotz aller sparsamen Maßnahmen ist ein Fehlbetrag von 3 422 260 M zu decken, der durch Umlagen und Erhöhung der Bürgersteuer ausgeglichen werden soll.

In einem Geleitwort zum Voranschlag wird vor allem festgestellt, daß als Folge des beängstigenden Anwachsens der sog. Wohlfahrts-erwerbslosen, das für das Jahr 1930 eine Uebersteigerung des Fürsorgeetatsums mindestens 700 000 Mark bringen wird, im neuen Jahr die Bruttoausgaben der Stadt für Wohlfahrtspflege

gegenüber dem vorjährigen Voranschlag um 1 192 970 Mark höher, nämlich auf 8 787 690 Mark statt 7 594 720 Mark angelegt werden müssen. Das bedeutet eine Steigerung um 15,7 Prozent. Die entsprechenden Nettoausgaben, d. h. der Betrag, den die Stadt aus eigenen Mitteln für die Fürsorge aufzubringen hat, werden 6 158 790 RM, gegenüber 5 307 170 RM im Vorjahre sein, was einer Steigerung von 16,05 Prozent gleichkommt. Sie erreichen damit eine Höhe, die etwa der Summe des Anteils der Stadt an den Reichsüberweisungsteuern und des Reinertrages der Grund- und Gewerbesteuer entspricht. Allein die Mehrgänge vom letzten zu diesem Jahr macht rund 100 000 RM mehr aus, als die Stadt Karlsruhe im Jahre 1913 für Fürsorgezwecke im ganzen ausgegeben hat, nämlich 782 494 Mark.

Es ist in der Tat kaum vorstellbar, daß wir im Jahre 1931 einen täglichen Fürsorgeaufwand (die Sonntagseingerechnet) von 24 076 RM vorziehen müssen. Dabei wird unterstellt, daß die in früheren Jahren beobachtete saisonmäßige Erleichterung des Arbeitsmarktes während des Frühjahrs und Sommers nicht ausbleibt. Der Deutsche Städtetag, der weniger optimistisch ist, empfiehlt den Städten dringend, als Fürsorgeausgaben in den Voranschlag 1931 den zu diesem März 1931 einzustellen. Das würde für Karlsruhe eine weitere Steigerung des jetzt vorgesehenen Voranschlagsjahres von 8 787 690 RM um rund 386 000 RM, auf 9 173 690 RM notwendig machen.

Nun ist ja bekannt, daß die Städte eine Erleichterung der Wohlfahrtslasten durch Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der Fürsorge für Wohlfahrts-erwerbslose und eine für sie günstigere Verteilung der Gesamtkosten auf Reich, Länder und Gemeinden anstreben. Die Verwirklichung des Vorschlags des Deutschen Städtetages, der das Reich mit 50 Prozent, Länder und Gemeinden je mit 25 Prozent an den gemeinsamen Kosten der Krisen- und Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge zu beteiligen wünscht, würde für Karlsruhe eine Erleichterung von 1 370 000 RM bringen. Inwiefern wäre es nach dem derzeitigen Stande der Angelegenheit zu wenig realpolitisch gedacht, wollte man im Voranschlag schon einen in Zahlen ausgedrückten Erfolg dieser Bestrebungen vorausnehmen.

Haben wir also auf der Ausgaben Seite die einschneidende Verschlechterung des Fürsorgeetatsums zu berücksichtigen, so sind die Ausfälle auf der Seite der Einnahmen als Folge der schlechten Wirtschaftslage noch tiefer greifend. In erster Linie sind es die Rückgänge der Steuererträge, die hier kräftig zu Buch schlagen.

An der Spitze steht der Rückgang des Anteils der Stadt an den Reichsüberweisungsteuern (Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer). Nach dem Reichshaushaltsplan schätzt das Reich für das Haushaltsjahr 1931/32 das Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer um 11 Millionen RM niedriger ein als im Etatsjahr 1930, jedoch das Aufkommen an Umsatzsteuer um 125 Millionen Mark geringer. Die sich infolge dieses Rückganges automatisch vermindern den Ueberweisungen an Länder und Gemeinden werden ferner um weitere 100 Millionen RM gekürzt werden, die das Reich zum Ausgleich des eigenen Haushalts zurückbehält. Für Karlsruhe bedeutet dies, daß sein Anteil an den Reichsteuereinzugsleistungen nur noch mit 3 137 000 RM, also mit 480 000 RM weniger als im Vorjahr, angenommen werden kann. Hält man dieser Zahl das Rechnungsergebnis des Jahres 1928 mit 4 323 552 RM entgegen, so wird deutlich, in welchem Maße sich die finanzielle Lage der Stadt in der kurzen Zeitperiode von 2 Jahren verschlechtert hat.

Aus gleichen Gründen ist man gezwungen, das Erträgnis aus Grund- und Gewerbesteuern der Gemeinde — auch ohne Berücksichtigung der Realsteuerentlastung auf Grund der mehrfach erwähnten Notverordnung — um 1 325 540 RM niedriger anzusetzen. Ebenso nötig ist die Entwicklung im Jahre 1930 dazu, die Einnahme aus der Wertwachstumssteuer von 305 000 RM auf 100 000 RM zu ermäßigen. Einschließlich weiterer Verschlechterungen bei fast allen übrigen Steuern und Abgaben ist — ohne Berücksichtigung der bereits im Laufe des Jahres 1930 eingeführten Bürgersteuer und Biersteuererhöhung sowie der geänderten Behandlung der Mittel aus der Gebäudebesitzersteuer und der Auswirkung der Realsteuerentlastung (vergl. die Ausführungen darüber weiter unten) — mit einem Gesamtertragsrückgang von 9 477 400 RM zu rechnen.

Noch viel größer ist der Ausfall bei den Betrieben und Unternehmungen.

Auch hier seien zunächst einige besonders hervorzuheben Beispiele der Abhängigkeit der Wirtschaft der Stadt von der Kaufkraft der Bevölkerung hervorgehoben. Da ist zuvörderst die Straßenbahn, deren Einnahmen auf Grund der Erfahrungen des letzten Jahres von 5 262 800 RM auf 4 652 560 RM, also um 610 240 RM, zurückgesetzt werden mußten. Wenn in diesem Rückgang auch 100 000 RM faden, die dem Wegfall des Omnibusbetriebes nach Ruppurr entsprechen und durch die entsprechende Verringerung der Ausgaben mehr wie ausgeglichen werden, so bleibt doch als Folge der bedeutend gesunkenen Frequenz ein Ausfall an Einnahmen von 500 000 RM, d. h. von 10 Prozent, festzustellen. Daß man bei dieser Annahme nicht zu ängstlich verfahren ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß beispielsweise im Monat März 1931 der Rückgang gegenüber 1930 sogar 10,85 Prozent beträgt. Die Nebenbahn nach Dursheim bezeichnet einen weiteren Fehlbetrag von 105 400 RM.

Auch die Werke leiden unter einem erheblichen Absatzrückgang; er ist beim Elektrizitätswerk am größten und wirkt sich dort in einer Einnahmeverminderung von 105 990 RM aus. An zweiter Stelle steht das Gaswerk, bei dem aber zum Absatzrückgang noch die stark weichen Preise für die Nebenenergien (Koks, Benzol usw.) kommen, so daß der Gesamtertragsrückgang hier 284 480 RM beträgt.

Besonders hoch ist die anzunehmende Mindereinnahme auch beim Stadtpark, wo sie mit 45 400 RM, 14,69 Prozent der voranschlagsmäßigen Einnahmen des Vorjahres ausmacht, und bei den Badeanlagen, die — nach der beobachteten Bewegung im Wirtschaftsjahr 1930 zu schließen — im neuen Jahr 61 050 RM weniger abwrufen werden, als im Voranschlag 1930 angenommen war. Im ganzen weisen die in Abschnitt D des Voranschlags zusammengestellten Betriebe und Unternehmungen einen Einnahmerückgang von 1 766 260 RM auf.

Diesen Verschlechterungen steht zunächst eine mehr zufällige Mehreinnahme von 300 000 RM gegenüber, die auf folgender Tatsache beruht: nach dem Reichssteuerungsgesetz vom 10. August 1925 und dem Pauschalierungsgesetz vom 17. Juli 1930 haben Reichspost und Reichsbahngesellschaft den Gemeinden, in denen ihre Unternehmungen untergebracht sind, gewisse pauschalierte Beiträge zu den Ausgaben für allgemeine Verwaltungszwecke, Volksschulwesen, Wohlfahrtspflege und bauliche Unterhaltung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze zu leisten. Nun endlich ist der Schlüssel für die Verteilung dieser Beiträge auf die beteiligten Gemeinden aufgestellt worden. Darnach hat Karlsruhe für die rückliegende Zeit (Rechnungsjahre 1925—1930) einen Pauschalbeitrag von 250 000 RM zu erwarten und künftig laufend etwa 50 000 RM.

Der einmalige Betrag für die Vergangenheit ist im Teilvoranschlag 5 (Verschiedene Einnahmen und Ausgaben) unter Ziffer 3 eingestellt, der laufende des Jahres 1931 ist in dem Anhang unter Ziffer 12 des Teilvoranschlags 67 (Steuern und Abgaben) enthalten.

Eine bedeutende Ausgabebeschränkung

bedeutet dann weiter die Senkung der Gehälter und Löhne auf Grund der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 und der neuen Tarifvereinbarungen.

Es werden eingespart

bei den städtischen Beamten und Angestellten, einschließlich der Zurückgebliebenen und der Beamtenhinterbliebenen 453 000 M, am Anteil der Stadt an persönlichen Volkeinkommen 33 000 M, am Anteil der Stadt an persönlichen Schulkosten 113 000 M, bei den städtischen Arbeitern, einschließlich der Zurückgebliebenen und der Hinterbliebenen 221 000 M, zusammen 820 000 M.

Trotz dieser Einsparungen müßten die Ausgabenansätze des Voranschlags weiter verringert werden. So wurden am jährlichen Aufwand für die Unterhaltung der Gebäude, an dem vorigen Jahr schon 264 000 Mark abgeschrieben worden waren, weitere 240 350 Mark eingespart, so daß dieser Etat für 1931 nur noch etwa zwei Drittel der Höhe von 1929 ausmacht. Was dieser Ausfall an Aufträgen von über 500 000 Mark vor allem für unseren Handwerkerstand bedeutet, bedarf keiner weiteren Darlegung.

Wie im Vorjahr, ist ferner auch im neuen Etatsjahr auf jede Neubefestigung von Straßen verzichtet worden. Sodann entfällt eine Reihe von Vereinsbeiträgen der Kürzung oder gänzlichen Streichung. Der allgemeine Aufwand für Erziehung, feste und Feierlichkeiten, Besuche und Zapfen wurde von 20 000 RM im Vorjahr auf 5 000 RM zusammengespart. Der besondere Fonds zur Verfügung des Oberbürgermeisters ist ganz aufgehoben.

Die ganz namhaften Einsparungen sind auch bei den persönlichen Ausgaben dadurch erzielt worden, daß seit Jahresfrist ein Ersatz von Beamten und Arbeitern, die durch Tod, Zurücksetzung oder sonst ausschließen grundsätzlich unterbleibt. Dadurch ist die Zahl der Beamten und Angestellten um 63 und der Arbeiterstand um 46 Köpfe verringert worden. Was eine Verringerung der persönlichen Ausgaben um mehr als 300 000 RM zur Folge haben wird. Endlich hat man auch beim Schuldendienst eine Kürzung von 1 700 000 RM vorgenommen.

Nach diesen Gesichtspunkten aufgestellt, ergibt der Voranschlag einen Fehlbetrag von 965 000 RM,

also eine Summe, die fast genau dem Steueranfall entspricht. Bei den Ueberlegungen, wie dieser Fehlbetrag gedeckt werden soll, ergab es sich als selbstverständlich, daß man die im letzten Jahr eingeführte Biersteuer und Bürgersteuer weiter erhöht. Die Erhöhung der Biersteuer soll 225 000 RM bringen, bei der einfachen Bürgersteuer wird das Bruttoerträgnis auf 370 000 RM geschätzt. Sodann bleiben von dem obengenannten Fehlbetrag noch 370 000 RM übrig. Da eine Umlagerhöhung zur Deckung dieses Restes durch die Notverordnung vom 1. September 1930 ausgeschlossen ist, bleibt nur die in der Notverordnung eröffneten drei Wege zur Wahl, nämlich die Gemeindebesitzersteuer mit Steuererhöhen bis zum Doppelten des bisherigen Karlsruher Satzes zu erhöhen, ferner die Erhebung der sogenannten Gemeinde-Getränksteuer und weiter eine Erhöhung der Bürgersteuer.

Bei der Entscheidung darüber, welche der drei Möglichkeiten gewählt werden soll, ist der Stadtrat von folgenden Erwägungen ausgegangen:

Die Erhöhung der Biersteuer.

In den zahlreichen Städten, die bereits im Laufe des Wirtschaftsjahres 1930 die sogenannte erhöhte Biersteuer eingeführt haben, hat sich als Folge davon ein starker Rückgang des Bierverbrauchs eingestellt, so daß die Erträgnisse der Steuererhöhung durchgängig hinter den Erwartungen zurückblieben. Eine solche Wirkung müßte man auch hier befürchten. Abgesehen davon, daß man den Satz des Zuschlages wesentlich höher nehmen müßte, was wiederum eine Einschränkung des Verbrauchs mit sich brächte, würde man damit die gerade für Karlsruhe bedeutende Brauindustrie und das ohnehin notleidende Wirtschaftsgewerbe treffen und die Steuerkraft dieser beiden Wirtschaftszweige schmälern. Der Stadtrat ist deshalb der Meinung, daß, wenn ein weniger bedenklicher Weg zur Ausgleichung des Haushaltsplanes zur Verfügung steht, zunächst dieser begangen werden muß. Wie oben schon erwähnt, liegen die Voraussetzungen für die zwangsweise Erhöhung der Biersteuer, nämlich ein Steuerfuß für die Grund- oder Gewerbesteuer, der über dem von 1929 liegt oder den Landesdurchschnittsfuß übersteigt, nicht vor.

Die Einführung der Getränkesteuer.

Weniger bedenklich wäre zweifellos die Einführung der Gemeindegetränksteuer. Sie hat vor der Biersteuer voraus, daß sie Getränke trifft — wenigstens hier in Karlsruhe, die in den Volksteilen, die das niedrige Einkommen haben, weniger eingeführt sind als gerade das Bier. Sie sind auch z. T. von einer besonderen Ortssteuer befreit, während das Bier schon seit langem örtlich belastet ist und im letzten Jahr nochmals eine namhafte Erhöhung dieser Belastung erfahren hat. Dagegen spricht aber die Unmöglichkeit der Erhebung der Gemeindegetränksteuer und der Umstand, daß sie nur noch für das Jahr 1931 zulässig ist.

Aus dem Karlsruher Gerichtssaal.

Berleitung zum Meinel.

In fünfjähriger Verhandlung hatte sich heute vor dem Karlsruher Schöffengericht (Vorherrnder Amtsgerichtsdirektor Dr. K. Müller) der Bürgermeister von Forst bei Bruchsal, der 60 Jahre alte Landwirt Simon Meinel wegen Verleitung zum Meinel, Falschbeurkundung, Amtsunterdrückung und Betrugs zu verantworten. Die Verhandlung ergab, daß der Angeklagte seinem Posten als Bürgermeister nicht gewachsen war. In der Kasse herrschte eine große Schlamzettel, sodaß Fehlbeträge auftraten. Der schwerste Anklagepunkt wird darin erblickt, daß der Angeklagte einem Zeugen einen Zettel zukübelte, durch den er diesen zu unwahren Aussagen vor Gericht zu verleiten suchte. Den Tatbestand der Falschbeurkundung gibt der Angeklagte zu; eine Unterschrift, deren Echtheit er bestritt, stand überhaupt nicht auf der betreffenden Urkunde.

Das Zeugnis, das ihm der ärztliche Sachverständige Dr. Schmelzer ausstellte, war nichts weniger als schmeichelhaft. Er drückte seine Verwunderung darüber aus, daß man einen soz. minderwertigen Menschen, der jedoch für seine Verfehlungen verantwortlich zu machen sei, zum Bürgermeister machen konnte. Auch der Erste Staatsanwalt Dr. Hofmann bezeichnete es als beschämend, daß ein Mann mit den dürftigsten Kenntnissen und sehr geringem Pflichtgefühl den Posten eines Bürgermeisters bekleidete. Er beantragte wegen Verbrechens nach § 159 eine Zuchthausstrafe von einem Jahre und stellte bezüglich der übrigen Anklagepunkte die Beurteilung in das Ermessen des Gerichts.

Das Schöffengericht verurteilte Meinel wegen Falschbeurkundung nach § 348 zu 100 Mark Geldstrafe anstelle einer verwirklichten Gefängnisstrafe von einem Monat, ferner wegen Unternehmens der Verleitung zum Meinel zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre abzüglich 1 1/2 Monaten Unteruchungsfrist. Von den übrigen Anklagepunkten erfolgte Freisprechung mangels ausreichenden Beweises.

Die Erhöhung der Bürgersteuer.

Sieht man deshalb von ihr ab, so bleibt nichts anderes übrig als die Erhöhung der Bürgersteuer. Der Stadtrat hält diesen Weg der übrigens vom Gesetz unter gewissen Voraussetzungen zwangsweise vorgeschrieben ist, für den gangbarsten. Die Hebung der gegen diese ursprünglich als Kopfsteuer gedachte Steuer erhöht werden konnten, sind durch die Verbesserungen, die die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 gebracht hat, wesentlich abgeschwächt worden. Vor allen Dingen ist ab 1. April 1931 im Gegensatz zu bisher eingeleiteten Steuerpflichtigen — der Bezug eines Einkommens von weniger als 2000 M — der Kreis der befreiten Steuerpflichtigen auf die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, auf Sozialrentner und auf Empfänger von Zufahren ausgedehnt. Außerdem ist die Steuer, wie aus folgender Gegenüberstellung hervorgeht, weitergehend als bisher gestaffelt. Sie ist damit des Charakters einer reinen Kopfsteuer stark entkleidet und dem Wesen der Einkommensteuer nähergebracht. Nach den beiden Notverordnungen Reichspräsidenten betragen nämlich die Mindestsätze der Bürgersteuer im Rechnungsjahr

1930:		
Bei Einkommen,		
die einkommensteuerfrei sind		3 RM
bis 8 000 RM		6 "
über 8 000 " bis 25 000 RM		12 "
" 25 000 " " 50 000 "		50 "
" 50 000 " " 100 000 "		100 "
" 100 000 " " 200 000 "		200 "
" 200 000 " " 500 000 "		500 "
" 500 000 "		1 000 "
Ehefrauen 1/2 des Satzes für den Ehemann		
nach dem Gesamteinkommen beider Ehegatten.		

1931:		
Bei Einkommen,		
die einkommensteuerfrei sind		3 RM
bis 4 500 RM		6 RM
über 4 500 " bis 6 000 RM		9 "
" 6 000 " " 8 000 "		12 "
" 8 000 " " 12 000 "		18 "
" 12 000 " " 16 000 "		24 "
" 16 000 " " 20 000 "		30 "
" 20 000 " " 25 000 "		50 "
" 25 000 " " 50 000 "		75 "
" 50 000 " " 75 000 "		150 "
" 75 000 " " 100 000 "		300 "
" 100 000 " " 250 000 "		500 "
" 250 000 " " 500 000 "		1 000 "
" 500 000 "		2 000 "
Ehefrauen		wie 1930.

Es mag ein wenn auch schwacher Trost sein, daß wohl die übergroße Zahl der deutschen Städte zu diesem Mittel greifen. Im Vergleich zur Nachbarstadt Mannheim, die es bei der einfachen Bürgersteuer belassen will, ist zu bemerken, daß Mannheim gegenüber der wesentlich höheren Umlage (für Gebäude 98 Pfennig gegen 51 Pfennig) — zur Biersteuer einen Zuschlag von 100 Prozent erhebt und außerdem die Gemeindegetränksteuer mit 10 Prozent des Kleinhandelspreises eingeführt hat. Hätten wir in Karlsruhe ein Gleiches getan, so würden daraus Mehreinnahmen schätzungsweise 1,2 Mill. Reichsmark sich ergeben, die mit dem Erträgnis des hier vorgeschlagenen Bürgersteuersatzes von 370 000 Reichsmark in Vergleich zu stellen wären.

Mit der vorgeschlagenen Maßnahme ist der Voranschlag geglichen.

Karlsruhe hat niedere Umlagen.

Zum Schluß der Erläuterung zum Stadtratsbericht wird vorgehoben, daß Karlsruhe neben Forstheim die niedrige Umlage der größeren Städte des Landes hat. Die Karlsruher Umlage mit 51 Pfennig für bebauete Grundstücke und 75 Pfennig für unbebaute Grundstücke, 29 Pfennig für Betriebsgrundstücke, 366 Pfennig für höchstens 10 000 RM Gewerbeerträge und 427 Pfennig für höheren Gewerbeertrag liegt weit unter der Landesdurchschnittsrate, die beim Grundvermögen 90 Pfennig beim Betriebsvermögen 33,6 Pfennig und beim Gewerbeertrag 51 Pfennig beträgt.

Der Zuschuß zum Landesheater.

Aus den Teilvoranschlägen wird vor allem interessieren, der Zuschuß zum Badischen Landesheater sich durch den allgemeinen Gehalts- und Lohnrückgang und einzelner städtischer Abträge an den Ausgaben von 779 000 RM auf 725 000 RM ermäßigt. Dagegen ist der reine Betriebsaufwand des Landesheaters um 185 000 RM ermäßigt hat, verringert sich der Zuschußbedarf nur um 125 000 RM. Das ist durch die zurückzuführen, daß die Einnahmen des Landesheaters von 771 000 RM auf 711 000 RM zurückgegangen sind.

Im Anbetracht der mangelfähigen Ausgaben für das Fürsorge- und Wohlfahrtswesen ist der Zuschuß für das Badische Landesheater im Betrage von 725 000 RM immer noch reichlich hoch.

Jugendliche Einbrecher.

Wegen gemeinsamen Einbruchdiebstahls standen der 20 Jahre alte vorbestrafte ledige Schneider Hermann Schneider aus Karlsruhe-Daxlanden und der 21jährige Tänger Peter Hammer hier vor der Strafbekämpfung des Amtsgerichts (Einzelrichter Amtsgerichtsrat Stritt). Der Angeklagte Schneider war in der Nacht vom 28. Februar mit dem Mitangeklagten auf dem Motorrad nach Dammstedt gefahren. Während Hammer mit seinem Motorrad dem Kfz-Gelände der Firma Wanstuch auf und ab fuhr, wobei ein größerer Lärm verursacht, schlug Schneider die Scheune ein, schloß ein und drang in das Ladengeschäft ein. Er füllte einen Korb mit Lebensmitteln, u. a. Wurst, sieben Flaschen Süßmilch sowie zwei Flaschen Himbeersaft; auch 1,50 M. Weidengegeld er mitgeben.

Die Angeklagten sind im wesentlichen geständig. Der Angeklagte Hammer bezeichnete die Tat der Angeklagten als einen auf raffinierte Art ausgeführten Großdiebstahl und beantragte Gefängnisstrafe von neun und fünf Monaten.

Das Gericht verurteilte Schneider wegen erschwerter Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis, abzüglich 40 Tage Unteruchungsfrist. Hammer wegen Beihilfe zum schweren Diebstahl zu drei Monaten Gefängnis, abzüglich fünf Wochen Unteruchungsfrist.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Storbefälle. 8. April: Julius Kurtz, Ehemann, 34 Jahre alt. Schloffer: Jakob Reinhold, Ehemann, 68 Jahre alt. Ehemann: Eberhard Steier, ab. 51 Jahre alt, Ehefrau von Herm. Steier.



Schmerzabkämpfung zuverlässig und überaus rasch durch das ärztlich empfohlene Citrovanielle. Jahrzehnte bewährt bei Kopfschmerzen, Migräne, Neurälgien und rheumat. Zahnschmerzen. Nicht ermüdend. Unschädlich für Herz und Magen. Ein Versuch wird Überzeugen Versorglich im e. Citrovanielle mitnehmen. In Apotheken im e. Pulver- oder Obstapackung RM 1.15 aber nur.

CITROVANILLE

Vom Karlsruher Wochengroßmarkt.

Kartoffeln „gelbe Industrie“ gabs auf dem Wochengroßmarkt Donnerstag reichlich, bei nur mittelmäßiger Nachfrage. Geringer Angebot und Nachfrage bei blauen Kartoffeln. Dann waren vertreten Kartoffeln aus Malta und Algier in kleineren Mengen, für die aber nur wenig Interesse bestand. Gut war der Markt für die über nur wenig Interesse bestand. Gut war der Markt für die über nur wenig Interesse bestand.

Arbeitsstellen für Abiturienten.

Das Deutsche Studentenwerk richtet gleichzeitig mit einem Mahnruf an die Abiturienten an alle Arbeitgeber und Arbeit vergebenden Stellen die dringende Bitte, erneut mit herzlichem Nachdruck die Frage zu prüfen, ob nicht die Möglichkeit besteht, einen Abiturienten als Lehrling, Volontär, Werkstudent oder zu sonstiger praktischer Ausbildung aufzunehmen.

Voranzeigen der Veranstalter.

Kolossalkonzert. Wie die Direktion mitteilt, findet heute abend ein Kolossalkonzert statt, und zwar gelangt heute zum ersten Mal „Der verhängnisvolle Tag“ ein toller Schwanz in 3 Akten zur Vorführung. Auch in diesem Stück werden die beiden beliebtesten rührseligen Komiker Sami & Betti in den Hauptrollen familiäre Mitglieder ihres verlebten und lebenden Humors spielen.

Seinen 70. Geburtstag feiert am 13. April Herr R. W. Hoffmann.

Seinen 70. Geburtstag feiert am 13. April Herr R. W. Hoffmann, Inhaber eines Geschäftes für Büroartikel. Herr Hoffmann ist ein bekannter Karlsruher Geschäftsmann, der schon vor zwei Jahren sein 40jähriges Geschäftsjubiläum feiern konnte.

Tagung der mittleren Beamten Badens.

Am Sonntag, den 3. Mai ds. Js., vormittags 11 Uhr, wird der Bund der gebildeten mittleren Beamten Badens im Bürgeraal des hiesigen Rathauses seinen 3. Bundestag abhalten.

Das Café Odeon hat in den letzten Tagen eine besondere Anziehungskraft erhalten.

Das Café Odeon hat in den letzten Tagen eine besondere Anziehungskraft erhalten durch die Bereinigung der bisherigen Hauskapelle unter Leitung des bekannten Kapellmeisters und Violinisten Dolezel mit dem Sazorchester Haas-Mahagony.

ÖFFENTLICHER VORTRAG in KARLSRUHE am Freitag, den 10. April, abends 8 Uhr im „Löwenrachen“, Kaiserpassage. THEMA: Der Weg zum Eigenheim und zur Ablösung teurer Hypotheken.

Kaffee des Westens HEUTE Freitag, den 10. April 1/9 Uhr abends GROSSES SONDER KONZERT Künstlerkapelle José Scholl

TOD allem Angehörigen durch Anion Springer Wittlingerstr. 51, Tel. 2340

Lehrling für den Verkauf des... unter 1579 an die Badische Presse.

Weiblich Tüchtiges Gerbereiweib... unter 1579 an die Badische Presse.

Lehrstelle zur Erlernung der... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen b. Hande, 15-20 J., in Baderei gesucht... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

ACHTUNG! 33 Zähringerstraße 33

Dipl.-Schreibstube... unter 1579 an die Badische Presse.

Lehrstelle... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Mädchen 20 J., sucht Stellung i. Haushalt od. in Kind... unter 1579 an die Badische Presse.

Wasserball-Blitz-Turnier Samstag, den 11. April 1931, abends 8 Uhr im städtischen Vierordtbad

Badisches Landes-Theater Freitag, den 10. April (Freitag) 20. Gen. 1001-1100 und 1251-1300

Fleisch-Verkauf Samstag, den 11. April Verkauf im Hardtsstraße 8

Wagen... unter 1579 an die Badische Presse.

Piano... unter 1579 an die Badische Presse.

Radio... unter 1579 an die Badische Presse.

Radio... unter 1579 an die Badische Presse.

Radio... unter 1579 an die Badische Presse.

Kaffee Bauer Heute, Freitag, 16 Uhr nachmittags ELITE-KONZERT der Kapelle Franz Osenege

Der Hauptmann von Köpenick Ein deutsches Märchen von Gudruner

Verloren Derjenige, welcher den... unter 1579 an die Badische Presse.

Radio... unter 1579 an die Badische Presse.

Café ODEON Heute Abend heiterer und moderner Musik Dolezel-Haas-Mahagony

Druckerei-Vertreter mit guten Beziehungen zur Industrie... unter 1579 an die Badische Presse.

Radio... unter 1579 an die Badische Presse.

Radio... unter 1579 an die Badische Presse.

